

## Bücherrevue

Dorit Bosse, Hrsg.,

### **Gymnasiale Bildung zwischen Kompetenzorientierung und Kulturarbeit,**

Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009, brosch., 268 S.,

ISBN 978-3-531-16441-0, 34,90 Euro

Angeregt durch eine Ringvorlesung im Sommersemester 2000 auf Initiative von Theodor Berchem und Walter Eykmann gewann das Vorhaben, der Bildungsarbeit am Gymnasium ein modernes wissenschaftliches Fundament zu geben, im Wintersemester 2005/2006 Gestalt, als mit Dorit Bosse die bundesweit einzige Professur für Gymnasialpädagogik besetzt wurde. Aufhorchen ließ auch ein Schlüsselzitat der Hochschullehrerin, als sie im November 2005 forderte, durch effektive Lernformen „die Qualität des Abiturs...trotz der Einführung von G8 zu erhalten“. Dorit Bosse, die als Gymnasiallehrerin in Kassel (mit den Fächern Deutsch und Kunsterziehung) an der dortigen Gesamthochschule 1995 mit der Dissertation „Der Künstler als Pädagoge - Joseph Beuys“ promoviert wurde, initiierte am 9./10. März 2007 im Toscanasaal der Würzburger Residenz ein Symposium mit Bildungsexperten aus dem deutschsprachigen Raum, dessen Ertrag nun in einem erweiterten Sammelband vorliegt.

### **Zukunftsfähigkeit gymnasialer Bildung**

Der Titel des Sammelbandes weist auf die Spannweite der Diskussion über Perspektiven gymnasialer Bildung hin, seine Einzelbeiträge versuchen eine Antwort zu geben auf die Herausforderungen, denen sich die Dimensionen einer „vertieften Allgemeinbildung“ (traditionelles Gymnasialkonzept) im 21. Jahrhundert gegenübergestellt sehen und auf die ein „kompetenzorientiertes literacy-Konzept“ mit einem pragmatischen Lebensweltbezug von Lernen, Elementen der Selbststeuerung durch die Lernenden und die „nach wie vor wichtige lehrergelenkte“ Begleitung von (Fach-) Unterricht Antworten zu geben versucht. Zukunftsfähig sei gymnasiale Bildung dann, wenn es gelinge, einem inhaltlich-material-fachlichen Erfassen von Themen jene methodisch bestimmten Kompetenzen zuzuordnen, die es Gymnasiasten ermöglichen, frei zu kommunizieren, zu argumentieren und selbst erarbeitete Ergebnisse zu präsentieren und dabei den erreichten Wissensstand auch reflexiv-kritisch einzuschätzen („Kompetenzorientierung“).

Dorit Bosse hat mit ihrer Rückkehr nach Kassel ihre Würzburger Arbeit und das Manuskript des Sammelbandes abgeschlossen, in dem sie mit neun (von 18) Einzelbeiträgen vertreten ist. Die Autoren eint dabei auch die Überzeugung, daß „das Gymnasium nicht als Zulieferbetrieb“ für die Abnehmer Hochschule und Wirtschaft gesehen werden darf, wengleich die Schwerpunktsetzung der Beiträge sich eher am Ziel des Gymnasiums orientiert (Arno Schmidt, Franz Eberle, Ludwig Huber, Dorit Bosse, Eckart Liebau, Stefan Krimm) und auch die Beispiele aus der Praxis (Armin Hackl, Hans-Dieter Unger) erste Erfahrungen mit dem G8 (an Modell-Gymnasien) widerspiegeln – „Was sollen Abiturienten für das Studium mitbringen“? Den „10 Thesen der Bildungskommission für das bayerische Gymnasium“ (2003) fügt Stefan Krimm als Stimme aus dem Kultusministerium acht Positionen hinzu, die er mit der Forderung abrundet: „Das Gymnasium braucht Vorbilder für das Gelingen

ganzheitlicher Bildung. Menschen wie Lichtenberg, Goethe, Alexander und Wilhelm von Humboldt und Albert Einstein können solche Vorbilder sein – Vorbilder in der permanenten Neugier auf die Welt“.

Daß er diesen Vorbildern lebensnah die Eltern und Lehrer hinzufügt und mit einem Bild aus der Bibel abrundet, mag belegen, daß Verantwortliche für schulisches Lernen wahre Bildung auch in einer ethisch-religiösen und ästhetischen Dimension verstanden wissen möchten – ein Hoffnungsschimmer angesichts von massiven Versuchen der Ökonomisierung jeder Bildung.

*Willi Eisele*

### **Hermann Giesecke: Pädagogik – quo vadis? Ein Essay über Bildung im Kapitalismus**

Juventa Verlag Weinheim und München, 2009, 200 S.,  
ISBN 978-3-7799-2229-2, 18 Euro

Lehrern müßte dieses Buch gefallen; denn es nimmt ihre Berufspraxis ernst. Es gibt aber keine besserwisserischen Anweisungen an die Praxis, - und das ist sein zweiter Vorteil.

Für Giesecke ist der Erziehungsalltag, die pädagogische Praxis, der natürliche und fundamentale Bezugspunkt aller Pädagogik, dem der Lehrer in seinem beruflichen Wirken unmittelbar verbunden ist.

Giesecke sieht die Erziehungssituation als komplexes Gefüge, in dem der Lehrer entscheiden und gestalten muß, eine Aufgabe, der Giesecke einen hohen Stellenwert zuerkennt.

Die Sicht „von unten“ – man könnte auch sagen: „von der Basis“ – will Giesecke bewußt einnehmen, wenn er sich mit der „Bildung im Kapitalismus“ auseinandersetzt.

Dabei gerät das Buch auch zu einer Kritik am erziehungswissenschaftlichen Zeitgeist.

#### **Der Zweck der Erziehung**

##### **Die Pflicht zu lernen**

Dabei gilt es zunächst zu klären, welchem Zweck die Erziehung dient.

Erziehung ist gesellschaftlich notwendig. Sie dient der Eingliederung der Heranwachsenden in die Gesellschaft sowie deren Fortbestand. Entscheidend für gelingende Erziehung ist, daß Forderungen an die heranwachsende Generation gestellt werden. Dreh- und Angelpunkt aller Pädagogik ist die Forderung der Gesellschaft an das Individuum, sich lernend zu integrieren. „Wird vergessen, daß am Anfang aller Pädagogik die Forderung der Gesellschaft an das Individuum steht, sich lernend zu integrieren, verlieren alle anderen pädagogischen Ideen und Maßnahmen letztlich ihren Sinn“ (S. 41). Erziehung, die das vergißt, geht fehl – mit schlimmen Konsequenzen für die Gesellschaft. Wenn es „in der pädagogisch Praxis - etwa in den Schulen“ - „nicht gelingt, grundlegende Forderungen durchzusetzen, droht Verwahrlosung der Schüler und der Institutionen selbst – die Lehrer durchaus eingeschlossen“ (S. 42).

#### **Fehlformen der Psychologisierung und Ökonomisierung**

##### **Kritik des Zeitgeistes**

Natürlich bedarf der Heranwachsende auch der Fürsorge, Hilfe und Förderung. Daß diese ihm im reichen Maße zukommen soll, ist keine Frage. Dabei sind Erkenntnisse aus der Psychologie ausgesprochen nützlich, und daß verantwortliches Handeln der pädagogischen Institutionen sich auch an ökonomischen Kriterien ausrichten muß, ist unbestritten.

Giesecke sieht aber in der Vorherrschaft des psychologischen Konzepts in der Erziehungswissenschaft den Grund dafür, daß der Zweck der Erziehung verfehlt wird; denn „charakteristisch für das psychologisierende Paradigma ist die ihm innewohnende soziale Ignoranz“ (S. 61). Die Psychologisierung neige dazu, „Lebensäußerungen im Konfliktfall zu relativieren“ (S. 66). „Aggressivität zum Beispiel (wird relativiert ) als fehlgeschlagener Kontaktwunsch“ (S. 67).

Durch solche Psychologisierung werden aber stabile und verlässliche Beziehungen in der Schule blockiert. Es könnte also sein, daß eine übertrieben psychologisierende Erziehungswissenschaft das Problem und nicht die Lösung ist.

„Psychologisch revidierte Umgangsformen dürfen also nicht als der Normalfall pädagogischen Handelns betrachtet werden, sonst wirken sie vergiftend auf die pädagogischen Beziehungen“ (S.54).

Die Erziehungswissenschaft habe das komplexe Beziehungsgefüge pädagogischer Praxis und den damit verbundenen Erziehungszweck insofern aus den Augen verloren, als sie die Individualität des Heranwachsenden, die sich erst noch herausbilde - nicht selten in Kämpfen und mit Anstrengung - als gegeben voraussetze.

Natürlich ist die Ökonomie ein wichtiger Bestimmungsfaktor des Lebens, zumal im Kapitalismus. Und so ist nicht nur eine Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge von Bedeutung, sondern auch ein an ökonomischen Kriterien ausgerichtetes Handeln wichtig.

Es gilt aber zugleich, sich über das Wesen des reinen Kapitalismus klar zu werden und vor allem seinen Einfluß auf das erziehungswissenschaftliche Denken einer kritischen Prüfung zu unterziehen; denn „es steht fest, daß die neoliberale Ideologie tiefe Spuren im bildungspolitischen und pädagogischen Denken hinterlassen hat“ (S.76). Unter Neoliberalen versteht Giesecke ausdrücklich die modernen radikalen Apologeten des freien Marktes, die dem Staat nahe legen, möglichst alle Aufgaben zu privatisieren. ( Er sieht diese Liberalen ausdrücklich nicht in der Tradition der Neo- oder Ordoliberalen, die als Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft gelten können). In der erziehungswissenschaftlichen Variante sind dies Leute, „deren Vorstellungskraft die intrinsische Motivation nicht kennt“. „Motivation wird vor allem vom materiellen Anreiz erwartet“ (S.113).

Letztlich wurzeln beide Fehlformen (der Psychologisierung und Ökonomisierung von Erziehungswissenschaft) in einem fundamentalen Mißverständnis vom Kind als einer fertigen Individualität, die vor aller Erziehung schon besteht und deren Pflege Angelpunkt aller Bemühungen sein soll.

So richtig es ist, das Kind in seiner Eigenart ernst zu nehmen, so müsse doch andererseits klar sein, daß das Kind seinen Entwicklungsprozeß noch vor sich habe und Individualität erst in diesem Prozeß erworben werde bzw. sogar erworben werden müsse. Diese Entwicklung vollziehe sich zwar mit Hilfe der Gesellschaft, aber auch in Auseinandersetzung mit Forderungen der Gesellschaft. Auf diese Forderungen zu verzichten, sei also einer Entwicklung der Individualität sogar abträglich.

Die unter ökonomischen Aspekten erfolgende Erziehung zur „Flexibilität“ bringe dann den geschmeidigen „Wellenreiter“ hervor, und eine Dominanz der Psychologie führe nicht zu einer echten Persönlichkeitsentwicklung, sondern zur bloßen „Selbstoptimierung“ im Rahmen einer subjektiven Nützlichkeits- oder Wohlergehensstrategie.

Allerdings sei dem erziehungswissenschaftlichen Zeitgeist nicht so leicht beizukommen; denn in der psychologischen und ökonomisierenden Erziehungswissenschaft fänden viele ein reiches Feld für Spezialuntersuchungen, die einer ganzen Branche reiches Profilierungspotential und fette Pfründe lieferten.

In den Kapiteln über Psychologisierung und Ökonomisierung wird Gieseckes Buch zu einer argumentativen und differenzierten, manchmal auch sarkastischen Aufklärung über den erziehungswissenschaftlichen Zeitgeist. „Die Wissenschaften stehen längst nicht mehr nur im Wettbewerb um bestmögliche Lösungen gesellschaftlicher Probleme, sondern auch um optimales Marketing für die eigenen personellen und materiellen Interessen“ (S. 197).

Das Buch des emeritierten Professors für Pädagogik und Sozialpädagogik lohnt die Auseinandersetzung, weil es den Pädagogen zur Besinnung auf die Wurzeln seines Berufs zwingt, und es kann dem Lehrer bei der professionellen Selbstvergewisserung helfen.

Der „reflektierten Erfahrung des Praktikers“ (S.158) und der „überlieferten Berufserfahrung“ (S. 165) weist Giesecke im übrigen einen hohen Stellenwert zu. S.176 heißt es verdeutlichend: „Bildungsforscher können nur deshalb so vorgehen, wie sie es tun, weil sie nicht pädagogisch handeln müssen – wie umgekehrt Lehrer nicht schon dadurch zum Erfolg gelangen, daß sie Ergebnisse der Bildungsforschung einfach anwenden“.

### **Die Aufgabe des Pädagogen**

Der Lehrer - in seiner Berufspraxis - ist zur Entscheidung verurteilt. Er kann in einer gegebenen Unterrichtssituation nur eine von vielen didaktischen und methodischen Varianten realisieren. Zu dieser Entscheidung ist er gezwungen, in dieser Entscheidung ist er frei. Bei dieser Entscheidung helfen ihm die Berufserfahrung sowie die theoretischen Kenntnisse, die er in Studium und Fortbildung erworben hat. Die Erkenntnisse der Psychologie und Ökonomie sind Instrumente, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Ob die Entscheidungen wirklich richtig sind, hängt aber davon ab, ob sie den Generationenvertrag ernst nehmen, der an den Heranwachsenden Forderungen stellt und ihm die Pflicht zu lernen auferlegt; denn es geht nie nur um das Individuum, sondern auch um die Gesellschaft. Dabei wird die Gesellschaft als demokratische und pluralistische verstanden. Einem Konformismus wird nicht das Wort geredet. Gerade deshalb müssen pädagogische Einrichtungen, bei allen Überschneidungsmengen oder Affinitäten zu anderen gesellschaftlichen Bereichen, als Institutionen *sui generis* gelten, so daß sie ihrer verheerenden Vereinnahmung durch Psychologie und Ökonomie entgehen.

„Hauptsache ist, daß der Lehrer etwas repräsentiert, über das die Schüler noch nicht verfügen“ (S. 199). „Objektiv wie subjektiv muß es sich für die Schüler lohnen, so viele Jahre in die Schule zu gehen. Deshalb muß der Unterricht...diese geistig herausfordern und ihnen das Gefühl geben, mit etwas Wichtigem beschäftigt zu sein“ (S. 198).

Hierbei ist für Giesecke eine „breite Allgemeinbildung, der es um die Entfaltung grundlegender kognitiver und gestalterischer Fähigkeiten geht, immer noch eine der modernsten pädagogischen Ideen“ (S. 197).

Gieseckes Buch ist eine sprachmächtige Streitschrift gegen den Zeitgeist und in Teilen eine Abrechnung mit der Zunft. Der Autor läßt sich Zeit für Begründungen. Das gibt dem Leser die Möglichkeit, seine – manchmal auf den ersten Blick überraschenden – Ausführungen auf Stimmigkeit abzuklopfen und anhand der Lektüre seine eigene Einstellung zu prüfen und zu profilieren.

Ein Buch, das zu ernsthafter Auseinandersetzung und zur Gewissenerforschung herausfordert: Schritt für Schritt.

*Winfried Holzapfel*

### **Republikprinzip und Berufsbeamtentum**

Ralph Balzer. - Berlin : Duncker & Humblot, 2009, 217 S.,  
ISBN 978-3428129058, 58,00 Euro

Der Verfasser der vorliegenden Dissertation ist ein Schüler des Staatsrechtslehrers Karl Albrecht Schachtschneider. Dieser ist weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden, weil er einer der maßgeblichen Kritiker des Maastricht-Vertrages war und auch sonst deutlich seine Position in europapolitischen und europarechtlichen Fragen markierte. Schachtschneiders singuläres und gehaltvolles Werk besteht aber vor allem darin, daß er den umfassenden und imponierenden Versuch unternommen hat, eine systematische Republiklehre zu entfalten, die als normative Orientierung für das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland fungieren kann. Dabei sind vor allem seine Werke *Res publica res populi* als großangelegter, auch philosophisch anspruchsvoller staatsrechtlicher Entwurf sowie die eingängigere und auch als Handbuch für den rechtswissenschaftlich interessierten Normalleser nutzbare Darstellung *Prinzipien des Rechtsstaates* zu nennen. Diese Werke können als emphatische Verteidigungen des Rechts an sich auf der Grundlage eines Kantischen Verständnisses angesehen werden. Die Frage nach dem Charakter des Rechtsstaates und der Republik hat indes viele Facetten. Die Frage nun, die sich die vorliegende Dissertation aus staatsrechtlicher Sicht stellt, ist die nach der Notwendigkeit des Berufsbeamtentums für die Republik, die bei Schachtschneider selbst nur kurz behandelt wird.

### **Historische Ursprünge und Entwicklungslinien**

#### **Funktionsbedingungen des Berufsbeamtentums**

Der Verfasser verfolgt zunächst historische Ursprünge und Entwicklungslinien der Idee der Republik, geht dann zur Idee des Berufsbeamtentums über, das im Hinblick auf seine Stellung unter dem Grundgesetz behandelt wird, zugleich aber in historischer Perspektive skizziert wird. In der Kombination von Republikprinzip und Beamtentum wird deutlich, daß die Bundesrepublik nach dem Grundgesetz material als Republik zu werten sei (d.h. nicht nur als relativ leerer Gegenbegriff zur Monarchie) und in einer historischen Tradition steht, die das Amtsprinzip zu einem wichtigen Bestandteil staatlichen Handelns macht. Balzer stellt daher auch gut und prägnant die Charakteristika des Ethos dar, das mit dem Amtsprinzip verbunden ist und im Laufe der historischen Entwicklung entstanden war. Die Beamten sind als an die Gesetzlichkeit gebundene Staatsdiener vor allem dem Gemeinwohl verpflichtet, dürfen also als Beamte keine partikularen Interessen irgendeiner Gruppe (z. B. Parteien, Vereine) vertreten. Das Lebenszeitprinzip und die Unentziehbarkeit des statusrechtlichen Amtes sind wichtige Funktionsbedingungen des Berufsbeamtentums, die sich aus der Logik der Sache heraus ergeben. Der Beamte muß für seine Tätigkeit, die jederzeit auf Loyalität gegenüber dem Staat beruht, angemessen alimentiert werden, was jedoch heute bereits nicht mehr in jeder Hinsicht der Fall sei (S 142). Für Balzer folgt aus dem Prinzip des Beamtentums in der Republik auch ein sachlich zwingend erforderliches Streikverbot für Beamte, auch wenn dieses weder in der Weimarer Republik noch in der Bundesrepublik gesetzlich festgelegt wurde, wohl weil es selbstverständlicher Bestandteil der Auffassung vom Beamtentum war und ist (vgl. S. 143 - 145).

Balzer geht aber noch darüber hinaus und vertritt, gegen die herrschende Lehre, die Auffassung, daß es in einer Republik kein Streikrecht für Bedienstete des öffentlichen Dienstes geben kann, was sich aus dem Rechtsstaatsprinzip ableiten lasse (S. 146). Die Pflicht der Verwaltung zur Sicherstellung des Vollzugs der Gesetze würde durch einen Streik des öffentlichen Dienstes verletzt, was der Verfasser völlig zu recht herausstreicht. Er argumentiert stringent auf der staatsrechtlichen Ebene, die hier unbedingt anzusetzen ist: „Das störungsfreie Funktionieren des Staates in allen seinen Teilen und auf allen Gebieten ist für die allgemeine Wohlfahrt von so wichtiger Bedeutung, daß eine Unterbrechung der Arbeit bei den Trägern der öffentlichen Verwaltung die Allgemeinheit so unmittelbar berührt, daß ein Staat sich selber aufgeben würde, wenn er seinen Bediensteten gestatten wollte, ihre Interessen im Rahmen eines Streikes durchzusetzen“ (S. 148).

Eine im Rahmen einer Dissertation sicher nötige Beschränkung der Arbeit liegt darin, daß man eine Art komparatistische Auseinandersetzung mit der Stellung des Beamtentums in anderen Staaten nur ansatzweise findet (vgl. S. 70). Zu denken ist hierbei vor allem an Staaten, die ebenfalls im allgemeinen als Republiken anzusprechen sind, aber kein Berufsbeamtentum im eigentlichen Sinne kennen oder dieses abgeschafft haben. Zwar wäre eine solche Untersuchung sicherlich nicht ganz leicht, im Lichte des starken und emphatischen Republikbegriffs aber doch notwendig. Denn die Notwendigkeit des Berufsbeamtentums kann einerseits theoretisch-rechtsdogmatisch hergeleitet werden, aber auch hinsichtlich ihres faktischen Funktionierens bewertet werden. Deutschland kann als das „klassische Land des Beamtentums“ angesehen werden (S. 70; Zitat von O. Hintze), zweifellos eine der großen Errungenschaften der deutschen Geschichte.

### **Beamte – Politik – Grundgesetz**

Die Frage nach dem Beamtentum ist eine grundsätzliche, doch ist stets auch zu bedenken, welches denn die „Grenzen der Wirksamkeit des Staates“ (W. v. Humboldt) sind. Es dürfte nicht ganz leicht sein, die Grenze zu bestimmen, ab wann nicht mehr davon gesprochen werden könnte, daß die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse als ständige Aufgabe in der Regel von Angehörigen des öffentlichen Dienstes erbracht wird, die in einem öffentlich-rechtlichen Treueverhältnis stehen (Art. 33 Abs. 4 GG). Balzer weist aber darauf hin, daß heute tendentiell das Verhältnis von Beamten und anderen Angestellten des öffentlichen Dienstes nicht mehr dem vom Grundgesetz vorgesehenen Konzept entspricht. Problematisch seien ebenfalls Phänomene der Ämterpatronage, die der Verfasser vor allem damit in Zusammenhang bringt, daß die Parteien einen über ihre grundgesetzliche Rolle (Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes; vgl. S. 149) hinaus gehenden Einfluß auf den Staat gewonnen haben, was nach der von Karl Albrecht Schachtschneider und anderen vertretenen Auffassung republikwidrig ist und bekämpft werden müßte. Insbesondere müßte dies bedeuten, Beamten die Mitgliedschaft in Parteien zu untersagen; es bedeute aber seiner Auffassung nach auch z. B. das Verbot für Richter, kommunalpolitische Ämter auszuüben, in denen sie eine Art von Rechtsetzung beeinflussen können. Ob dies realistisch ist, sei hier einmal dahingestellt; auch könnte man durchaus fragen, ob nicht richterlicher Sachverstand in diesem Bereich eher ein Gewinn wäre. Wie dem auch sei - das Berufsbeamtentum hat jedenfalls Balzer zufolge die Aufgabe, in der zum Parteienstaat deformierten Bundesrepublik Deutschland als Ausgleichsfaktor zu wirken (S. 148).

## Was sind hoheitsrechtliche Befugnisse?

### Der Umfang des Beamtentums

Mit dem Nachweis, daß das Berufsbeamtentum der republikanischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Grundgesetz entspricht, ist die Frage nach dem Umfang dieses Beamtentums noch nicht beantwortet. Hier wäre noch im einzelnen zu prüfen, welche Tätigkeiten konkret als Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse zu verstehen sind. Dabei ist es jedoch ein altes Problem, wie Balzer auch anführt, daß man nicht genau sagen kann, jedenfalls keine Übereinstimmung darüber herrscht, was unter hoheitsrechtlichen Befugnissen zu verstehen sei. Zwar sei es klar, daß der Bereich der Eingriffsverwaltung, die Eigentum und Freiheit der Bürger tangiert, hierunter zu rechnen ist, doch läßt sich dies nicht in abstrakter Form grundsätzlich bestimmen. Im Zuge der verschiedenen Formen von Privatisierung kann sich zudem auch ändern, was der Staat als seine eigene Aufgabe ansieht. Sollte er zu der Auffassung gelangen, daß ein bestimmter Tätigkeitsbereich nicht mehr verfolgt werden sollte, so hat der Staat diese Option, was in einem solchen Falle hieße, daß es sich dabei nicht mehr um hoheitliche Aufgaben handelt, die also auch nicht mehr von Beamten geleistet werden müssen. Es müsse aber in jedem Falle den Beamten ein „substantieller Tätigkeitsbereich“ verbleiben (S. 187). Interessant wäre in diesem Zusammenhang eine genauere Erörterung des Beamtenstatus der Professoren.

Es wäre interessant, über die rechtsdogmatische Betrachtung hinaus auch empirisch gestützte Überlegungen zur Häufigkeit von Korruption etc. in Ländern mit unterschiedlichen Systemen des öffentlichen Dienstes (falls so etwas überhaupt möglich ist) anzustellen. Insbesondere wäre aus naheliegenden Gründen auch ein Blick auf die angelsächsischen Länder von Interesse. Diese Punkte sind nicht als Kritik der Arbeit von Balzer zu verstehen, sondern unterstreichen die Bedeutung, die einem angemessenen Verständnis des Berufsbeamtentums und der Staatskonzeption der Republik zukommt. Der Verfasser hat überzeugend dargetan, daß ein Berufsbeamtentum nach dem Grundgesetz für die notwendigen klassischen Staatsaufgaben nicht abgeschafft werden kann, ohne daß damit das Republikprinzip selbst in Frage gestellt wäre. Ob seine Deutung, das Berufsbeamtentum falle unter die Ewigkeitsklausel Art. 79 Abs. 3 GG, allgemeine Zustimmung finden wird, bleibt abzuwarten. Allerdings hat gerade die Darlegung zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums gezeigt, daß nicht alle notwendig mit einer Sache verbundenen Aspekte in den Gesetzestexten selbst zu finden sind. Daher muß auch hier anerkannt werden, daß die Logik der Sache, folgt man dem Republikverständnis Balzers (wofür in der Tat einiges spricht), zwingend die Notwendigkeit des Berufsbeamtentums als eines materiellen Bestandteiles des Grundgesetzes belegt.

Die (wie bei Juristen erfreulich häufig anzutreffen) konzise und argumentativ klare Dissertation behandelt eine wichtige Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland, der weite Verbreitung zu wünschen ist. Denn wo sich eine zarte Renaissance des Staatsdenkens und der Staatstheorie andeutet, wird man auch der Bedeutung eines politisch unabhängigen und rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichteten Berufsbeamtentums für den Staat der Zukunft große Aufmerksamkeit widmen müssen. Nicht zuletzt im Kontext der weiteren Entwicklung der Europäischen Union dürften sich hier noch bedeutsame Fragen stellen.

*Till Kinzel*

Wolfram Weimer:  
**Freiheit, Gleichheit,  
Bürgerlichkeit. Wie die  
Krise uns konservativ  
macht,**

Gütersloh: Gütersloher  
Verlagshaus 2009, 160  
Seiten, 14,95 Euro

Robert Misik:  
**Politik der Paranoia. Gegen  
die neuen Konservativen,**

Berlin: Aufbau-Verlag 2009,  
202 Seiten, 17,95 Euro

Jan Fleischhauer:  
**Unter Linken. Von einem,  
der aus Versehen  
konservativ wurde,**

Berlin: Rowohlt-Verlag  
2009, 352 Seiten, 16,90 Euro

Seit einigen Jahren, etwa ab 2001/02, ist eine unübersehbare Akzentverschiebung innerhalb des Konservatismus-Diskurses zu bemerken. Neben einer Neuen Rechten macht immer mehr eine Strömung von sich reden, die als „Neue Bürgerlichkeit“ bezeichnet wird. Diese Richtung, der verschiedene Buchautoren wie Paul Kirchhof, Eva Herman, Udo di Fabio, Norbert Bolz oder Paul Nolte zugerechnet werden, eint, daß sie gewisse „Spätfolgen“ (Günter Rohrmoser) der Kulturrevolution von „1968“ herausarbeitet und kritisiert.

Gewohnt fulminant geschieht das in einem Essay von Wolfram Weimer. Der frühere Chefredakteur der „Welt“ und Gründer des Magazins „Cicero“, das üblicherweise als neubürgerlicher Trendsetter wahrgenommen wird, beschrieb erst kürzlich in seiner engagierten Abhandlung „Credo“ wichtige Hintergründe eines Phänomens, das man meist als „Rückkehr der Religion“ bezeichnet. In seinem neuesten Beitrag erweitert er sein Untersuchungsfeld und nimmt Wandlungsprozesse unter die Lupe, die durch die aktuelle Wirtschaftskrise wohl noch beschleunigt werden. Messerscharf analysiert er geistige und kulturelle Umbrüche, die vor unseren Augen ablaufen.

### „Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit“

„Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit“ beginnt mit der epochalen Zäsur von 1989/90 und spricht – ein wenig vollmundig – von den „89ern“. Sie konnten freilich nie mit den „68ern“ vergleichbare Konturen ausbilden, was sicherlich damit zusammenhängt, daß sie als Jüngere nicht die Schalthelme der medialen Macht besetzen konnten, die von den einstigen Aktivisten der Studentenrevolte bereits vorher erobert worden waren. Weimer als Mittvierziger ist in diesem Punkt eine der großen Ausnahmen. Er schreibt von dem Optimismus, der sich in den 1990er-Jahren ausbreitete, von der omnipräsenten Hoffnung auf das „Ende der Geschichte“. Menschenrechte und wirtschaftliche Freiheiten schienen sich fast von selbst durchzusetzen. Obwohl „nine eleven“ keineswegs einen Beleg für den ominösen „Kampf der Kulturen“ lieferte, verbreitete sich das Schlagwort nach diesem weltgeschichtlichen Datum wie ein Lauffeuer. Nun bildet die Finanzkrise von 2008/09 eine neue, unverkennbare Zäsur. Macht uns dieser Einschnitt konservativ? Weimer bejaht die Frage.

Weimer bietet beeindruckende Belege für den aktuellen Trend, der indes nicht mehr ganz neu ist. Entwicklungen wie die oft genannte Wiederkehr der Familie oder der Religion müssen der politischen Linken ebenso fremd sein wie die globale Ausbreitung des Kapitalismus oder die zunehmende Relevanz des Privaten. Die Bestsellerautoren sind nicht mehr links von der Mitte einzuordnen. Man denke an Daniel Kehlmann, Martin Mosebach oder jüngst Uwe Tellkamp, deren jeweilige Sujets als kulturkonservativ eingestuft werden können. Weimer präsentiert noch weitere eindrucksvolle Hinweise für gegenwärtige geistige Umorientierungen. Er zeigt, wie sehr ausgerechnet der frühere Erzfeind der Religion, die Naturwissenschaften, religiöse Fragestellungen wieder auf die Tagesordnung setzt. Die „neue

Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) der modernen, technologischen Wissensgesellschaft – man betrachte lediglich die Komplexität eines modernen Automotors! – ruft uns die Bedeutung des Vertrauens in Erinnerung, die im Zentrum von Religion, insbesondere der christlichen („Fürchtet euch nicht!“), steht. Wer viele Angelegenheiten des alltäglichen Lebens nicht mehr durchschaut, ist auf andere angewiesen, muß ihnen demnach Glauben schenken, womit man über kurz oder lang in die Nähe der Religion kommt.

Mit Recht weist der Publizist, der auf eine ansehnliche Traditionslinie des aufgeklärten Konservatismus von Edmund Burke bis Gerd-Klaus Kaltenbrunner und Joachim Ritter rekurrieren kann, darauf hin, daß die komplexen Debatten der Gegenwart, von der Klimakatastrophe über BSE bis zu Elektromog und Globalisierung, keinen Stoff für linke Kulturdominanz mehr hergeben. Eher schon ist in dieser Situation die neue „Hegemonie der Mittigkeit“ ein Problem, für die vor allem der Name Angela Merkel steht. Auch dieser – überaus unklaren – Ausrichtung steht Weimer kritisch gegenüber, was die Überzeugungskraft und Argumentationsstärke seiner Schrift unterstreicht.

Man wünscht dem brillant geschriebenen bürgerlich-konservativen Manifest auch dann eine größere Leserschaft, wenn man einige Sachverhalte nicht ganz so enthusiastisch wie der Verfasser sieht. So ist es gewiß vordergründig, den Euro ohne nähere Erklärung als Stabilitätsanker in der Krise zu bewerten. Experten wie der Euro-Kritiker Wilhelm Hankel haben des öfteren darauf hingewiesen, wie sehr ehemalige südliche Schwachwährungsländer, etwa Italien oder Griechenland, auf Kosten reicherer Staaten wie Deutschland leben. So viel nur zu Weimers Euro-Hymne.

### **„Politik der Paranoia“**

Angesichts der Wucht, mit der die „Neubürgerlichkeit“ in den letzten Jahren daherkommt, erstaunt es nicht, daß bei Linksliberalen und Linken die Alarmglocken schrillen müssen. Nach Christian Rickens polemischer Auseinandersetzung mit den „neuen Spießern“ vor zwei Jahren und Albrecht von Luckes kontroverser Stellungnahme gegen das „neue Biedermeier“ nimmt sich nun ein Streiter für altlinkes Gedankengut, Robert Misik, der Sache an. Der Träger des österreichischen Staatspreises für Kulturpublizistik setzt zu einem Rundumschlag gegen alles an, was nicht links oder nicht linksliberal zu positionieren ist. Weil er wohl nicht genug Argumente gegen die Neubürgerliche Intelligenz fand, versteht er unter „neuen Konservativen“ in einigen Passagen seines Pamphletes den „klassischen“ amerikanischen Neokonservatismus, repräsentiert etwa durch Daniel Bell oder Irving Kristol, die die negativen Seiten der amerikanischen Kulturrevolution der 1960er-Jahre früh analysierten und sich von den „Neocons“ der Ära Bush beträchtlich unterschieden. In anderen Teilen der Studie setzt sich der im Multitasking geübte Journalist mit deutschen Neubürgerlichen Autoren wie di Fabio („Die Kultur der Freiheit“) oder Bolz („Die Helden der Familie“) auseinander. Zwischen diesen beiden Richtungen existieren indes beträchtliche Unterschiede, die in der Arbeit kaum erwähnt werden. Selbst der gewiß nicht widerspruchsfreie amerikanische Neokonservatismus ist nicht so absurd, wie oberflächliche Progressive meinen. Ein Grundsatz, den Bell stets betont, lautet: Das kapitalistische System bringt ab einer gewissen Entwicklungsstufe einen massenhedonistischen Unterbau hervor, der seinerseits wiederum die moralischen Bedingungen der betreffenden ökonomischen Ordnung untergräbt. Man kann solche Thesen für gewagt halten. Haben sie sich aber nicht jüngst bestätigt? Der kreditfinanzierte Konsum in Amerika erreichte schon seit längerer Zeit exorbitante Ausmaße. Es handelte sich also um einen Kapitalismus auf Pump, der sich vom herkömmlichen Kapitalismus in den USA, der noch einige Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vorherrschte, klar unterschied. Traditionell war diese Wirtschaftsform weithin durch puritanische Askese

moralisch unterfüttert, wie die epochemachende Abhandlung Max Webers über den „Geist des Kapitalismus“ in einer bis heute unübertroffenen Art und Weise belegt.

Nicht selten wirkt das reichlich an den Haaren herbeigezogen, was Misik als „Konservatismus“ darstellt. Selbst gegen Kindergärten sollen Konservative sein. Für welchen Protagonisten dieser Richtung soll das gelten? Auch in Österreich dürfte sich schon der Unterschied von Kinderkrippe und Kindergarten herumgesprochen haben. Es rächt sich, daß der selbst ernannte Entlarver aller neokonservativen Ideologie seine Feinde in beiden Ländern – Deutschland und Amerika – gleichzeitig sucht. Auch in der Geschichte des Konservatismus sind unterschiedliche Traditionen diesseits und jenseits des Atlantiks zu beachten. Deutsche Konservative, anders als amerikanische Libertäre der Gegenwart, lehnten, selbst in ihren undemokratischen Varianten, sozialstaatliche Traditionen nie gänzlich ab. Es war gewiß kein Zufall, daß ein „Krautjunker“ im 19. Jahrhundert den Aufbau des staatlich-institutionalisierten Versicherungswesens einleitete. Gegen Misik ist zu betonen, daß auch Fehlallokationen eines übersteigerten Sozialstaates benannt werden müssen. Manche von ihnen haben sehr wohl mit dem Bedeutungsverlust kleinerer Einheiten, etwa der Einrichtung Ehe, zu tun.

Neben vielen anderen Vereinfachungen, die im Folgenden nicht genannt werden können, seien Misiks Simplifizierungen im Rahmen der Diskussion um Kinderbetreuung erwähnt. Für den Verfasser der „Politik der Paranoia“ ist ausgemacht, daß die öffentliche Betreuung der Kleinsten mehr Beschäftigung für Frauen und eine höhere Geburtenrate hervorbringt. Sicherlich lassen sich Länder finden, für die sich dieser Konnex statistisch bestätigen läßt. Leider ist das Leben manchmal komplizierter. Ein Großteil der Frauen, vor allem Akademikerinnen, nennt für den nicht realisierten Kinderwunsch andere Gründe. Sie fanden oftmals keinen Partner. Darüber hinaus wird nicht nur in Ostdeutschland offenkundig, daß eine ausreichende Zahl von Krippenplätzen allein keinen Babyboom erzeugt, waren und sind doch die wirtschaftlichen Verhältnisse dort besonders unsicher. Ein Monokausalitäten präferierender Blickwinkel ist hier, wie auch anderswo, falsch.

Misik will den „neuen Konservatismus“ durch das Aufdecken von angeblichen, in Wirklichkeit aber von ihm konstruierten, Widersprüchen desavouieren. Bayerische Paschas würden angesichts islamischer Einwanderung zu Emanzipations-Anhängern. Einerseits, so heißt es bei dem „Taz“-Kolumnisten, seien Konservative dem Feminismus gegenüber sehr kritisch, andererseits jedoch forderten sie ein Ende des Patriarchats bei muslimischen Immigranten. Ein Widerspruch? Nicht unbedingt. Wer für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern eintritt, muß nicht westlich-emanzipatorische Überspitzungen befürworten, die längst zu vielfältigen Diskriminierungen von Männern geführt haben. Von diesen Benachteiligungen werden bereits seit einigen Jahren die Probleme von Jungen im Schulbereich intensiv diskutiert, von Ungerechtigkeiten im Eherecht ganz zu schweigen, die auch durch die neueste Unterhaltsreform im bundesdeutschen Recht nicht beseitigt wurden.

Auf der Rückseite des Buches von Misik findet sich ein Klappentext, der den trivialen Spruch Barack Obamas, mit dessen Amtsantritt für den österreichischen Fortschrittsfreund eine neue Ära beginnt, in deutscher Übersetzung wiedergibt: „Ja, wir können!“ Damit ist über die Originalität der Argumente in dieser Publikation schon viel gesagt.

### „Unter Linken“

Während Weimer das bürgerlich-konservative Banner hochhält und Misik linke „soziale Gerechtigkeit“ propagiert, kennt Jan Fleischhauer beide politische Lager. Breit schildert der „Spiegel“-Redakteur seine politische Sozialisation im sozialdemokratischen Milieu, die in mancherlei Hinsicht an Jugenderfahrungen des Bestseller-Autors Richard David Precht („Lenin kam nur bis Lüdenscheid“) erinnert. Fleischhauer, Jahrgang 1962, wuchs in einer Zeit auf, in der fast alle öffentlichen Debatten von Linken geführt wurden. Er legt

keinen Wert darauf, in aufsehenerregender Weise als Konvertit zu erscheinen. Eher schon möchte er als Konservativer auf leisen Sohlen gelten, der aus Versehen die Seiten wechselte. Ohne bessere Einsichten ist dieser Gesinnungswandel wohl kaum zu erklären. Während die beiden anderen Darstellungen ihren Streitschriften-Charakter weder verbergen können noch wollen, bietet Fleischhauer eine ebenso interessante wie differenzierte Abhandlung, die in zwölf Kapiteln die Physiognomie der Linken in Geschichte und Gegenwart präzise, witzig und intelligent beleuchtet.

Die Wurzeln linker Ideologie muß man kennen, um ihre heutigen Konsequenzen besser verstehen zu können. Von dem Rousseau mit einigem Recht zugeschriebenen Diktum „Der Mensch ist gut“ führt nicht nur ein direkter Weg zum jakobinischen Terror, sondern gleichzeitig zur (links eingefärbten) Therapiemanie der Gegenwart. Gegen alles bietet die moderne Dienstleistungsgesellschaft sozialpädagogisches Antidot: gegen rechts, gegen die Ungleichheit der Geschlechter, gegen Ausländerfeindlichkeit und vieles mehr. Selbstverständlich hören die lohnenden Tätigkeitsfelder nie auf, worauf der Verfasser mit Recht und einiger Ironie hinweist. Je sensibler die Gesellschaft im Hinblick auf (Anti-) Diskriminierung ist, desto mehr Belege für angebliche oder tatsächliche Benachteiligungen werden gefunden. Gleiches gilt für den Sozialstaat, wie Fleischhauer im einschlägigen Kapitel bemerkt. Die sozialen Aufwendungen der öffentlichen Hand steigen mit der Mehrung der Wohlstandes, weil sich aus dieser Entwicklung beinahe notwendig zunehmende Ungleichheiten ergeben, die durch staatlichen Interventionismus kompensiert werden sollen. Auch in diesem Kontext gilt: Ohne ausgeprägte Opfervorstellung keine Linke. Claudia Roth wird nicht müde, in fast jedem Interview von den armen, ach so unterdrückten Schwulen zu sprechen, obwohl sie gut weiß, daß die entsprechende Gruppe mittlerweile längst zu den sozial Privilegierten gehört, wie viele Studien über Homosexuelle (insbesondere in Großstädten) belegen. Angesichts des großen Lesevergnügens, das „Unter Linken“ insgesamt bietet, ist es schwierig, auf exzeptionelle Passagen hinzuweisen.

Der Abschnitt „Die Linke und der Antisemitismus“ soll dennoch exemplarisch erwähnt werden. Trotz diverser antizionistischer Entgleisungen auf Seiten der politischen Linken, die von den Ausfällen gegen jüdische Professoren in der Folgezeit von 1968 und der „Judenrampe“ von Entebbe bis zu Hans-Christian Ströbeles Hoffnung im ersten Golfkrieg, irakische Scud-Raketen mögen israelische Städte treffen, reichen, ist gegen Fleischhauer auf eine Tatsache hinzuweisen: Ein Großteil der Linken, und nicht nur „Konkret“-Herausgeber Hermann L. Gremliza, hat inzwischen den Philosemitismus zu eigenen Zwecken instrumentalisiert. Ein ehemaliger deutscher Außenminister käme heute nicht mehr auf den Gedanken, an antiisraelischen Kongressen teilzunehmen. Lieber läßt er sich heute vom Zentralrat der Juden ehren. Im Kapitel über das Bildungssystem versucht Fleischhauer zu zeigen, daß Parolen wie „Bildung ist Bürgerrecht“ (Ralf Dahrendorf), die seit den 1960er-Jahren vermehrt umgesetzt werden, erhebliche politische Implikationen erkennen lassen, die stark negative Auswirkungen auf die Qualität des Bildungswesen nach sich zogen und ziehen. Am Ende der Abhandlung setzt sich der Verfasser mit der Einwanderungspolitik der Linken auseinander, die der Gesamtbevölkerung massive Folgekosten, wie die Studie detailliert anführt, auferlegt. Er weiß viel über diese Zusammenhänge; vor allem konnte er als Mitglied der deutschen Islamkonferenz wesentliche Erfahrungen sammeln. Der Opferkult wird in diesem Kontext häufig zum Popanz hochgespielt. Des öfteren gelten Ausländer als neue Juden, was manche Vertreter der politischen Korrektheit durchaus nicht als Beleidigung von Millionen tatsächlicher Opfer betrachten. Angesichts der Bedeutung, die der inflationäre Faschismus-Vorwurf im Rahmen sozialistischer Propaganda stets hatte und heute noch einnimmt, ist es naheliegend, sich in einem eigenen Kapitel damit zu beschäftigen. Fleischhauer tut dies in furioser Weise. In der Schlußreflexion kommt er zum gleichen Ergebnis wie Weimer: Die Krise macht eher konservativ als links oder liberal.

Selten konnte man in den letzten Jahren so fundierte Analysen vernehmen, die alle wichtigen linken Meinungen und Theorien als haltlos aufzeigen. Dennoch wird deren geistig-kulturelle Dominanz in den öffentlichen Institutionen noch über einen längeren Zeitraum anhalten. Gegen diese Übermacht ist auch kein Konvertiten-Kraut gewachsen – jedenfalls vorläufig noch nicht.

*Felix Dirsch*

**Zur Besprechung vorgesehen:**

René Girard/Gianni Vattimo: Christentum und Relativismus, eingeleitet und herausgegeben von Pierpaolo Antonello, übersetzt von Christine Boesten-Stengel, Freiburg im Breisgau: Herder 2008; 107 S.; ISBN 978-3-451-32076-7; 14,95 Euro

\*

Jürgen Werbick: Gott verbindlich. Eine theologische Gotteslehre, Freiburg im Breisgau: Herder 2007; 670 S.; ISBN 978-3-451-29379-5; 45 Euro.

\*

Zur Situation der Geisteswissenschaften in Forschung und Lehre. Eine Bestandsaufnahme aus der universitären Praxis / Hg. von Klaus W. Hempfer und Philipp Antony. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2009. 163 Seiten. Kart. ISBN 978-3-515-09379-8, EUR 24,90